

TOPMELDUNG

ENERGIEMARKT DER ZUKUNFT

Studie: Kleinere EVU künftig nur noch Verteilnetzbetreiber

Aarau (energate) - Kleinere Energieversorgungsunternehmen müssen sich im Energiemarkt der Zukunft mit der Rolle des Netzbetreibers zufriedengeben. Dafür gebe es zumindest Indizien, schreibt Thomas Marti, Leitender Berater Strategie, Organisation & Energiewirtschaft von der Beratungsfirma EVU Partners AG, in einer **Studie**. Marti stützt seine Aussage mit dem Befund, dass grössere EVU mehr neue Geschäftsmodelle im Bereich der erneuerbaren Energien implementiert hätten als kleinere. "Grössere EVU haben mehr Kapital, mehr Mitarbeitende und allgemein auch grössere Ressourcen, was in Summe zu besseren Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle führt", erklärt der Berater. Kleinere EVUs seien hier eingeschränkter und müssten ihre Ressourcen fokussierter einsetzen.

Für seine Studie hat Marti die Internetauftritte der 20 grössten Deutschschweizer Versorger hinsichtlich der verfolgten Geschäftsmodelle im Bereich der erneuerbaren Energien untersucht. Führungskräfte aus den Unternehmen seien zusätzlich nach ihren Erfahrungen mit den Geschäftsmodellen befragt worden. In diesen Gesprächen sei denn auch "eine kritische Grösse" mehrfach als bedeutender Erfolgsfaktor für die Geschäftsentwicklung genannt worden. Es sei festgestellt worden, dass die angestammten Regionen teilweise zu klein seien, um ein Geschäftsmodell konkurrenzfähig ausrollen zu können - "insbesondere wenn überregionale Konkurrenten ebenfalls dabei sind".

Elektromobilität am populärsten

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass einige Geschäftsmodelle offensichtlich populärer sind als andere: "Dies sind insbesondere Angebote in den Bereichen der Elektromobilität, Contracting sowie des Baus und des Betriebs von eigenen Kraftwerken mit erneuerbarer Produktion." Die als besonders zukunftssträftig geltenden Geschäftsmodelle im Bereich von Speicherung und Umwandlung von Energie, neue Vertriebsmodelle und smarte Technologien würden hingegen nur zurückhaltend verfolgt. So würde beispielsweise keines der

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Studie: Kleinere EVU künftig nur noch Verteilnetzbetreiber	1
--	---

✪ SCHWEIZ

Swiss Small Hydro: Energiegesetz gefährdet Investitionen	2
Initiative rückt Flugverkehr in den Fokus	2
Grüne beantragen Rückweisung des CO2-Gesetzes	3
CKW erneuert Unterstation Willisau	3
Weiter Streit um Kraftwerk Klingnau	3
Regierungsrat setzt auf Smart City Basel	3
Energierregion Oberland Ost nimmt Hürde	4

✪ DEUTSCHLAND

Koalitionäre ringen um Kohlekommission	4
Grünes Gas soll die Netze füllen	4
Verkehrswende ohne "dirigierende Staatseingriffe"	5
Direktvermarktung erstmals über 70.000 MW	5
Lübeck hadert mit öffentlichen Ladesäulen	5

✪ EUROPA

Poroschenko lockt Westeuropäer	6
--------------------------------	---

✪ INNOVATION

Langer Weg zur Smart City	6
---------------------------	---

✪ MARKTDATEN

7

Unternehmen Geschäftsmodelle im Bereich "Power-to-Liquid" oder "Microgrids" ausweisen. Auch "Power-to-Heat" und "Digitalisierung" kämen nur einmal vor. Insgesamt lasse sich konstatieren, dass Versorger, die historisch schon lange in der Stromproduktion tätig sind, eher in eigene Produktionsanlagen investieren würden. "EVU mit Stärken im Stromhandel bieten eher Dienstleistungen im Bereich Handel und Assetoptimierung an", so der Energieexperte weiter.

Wille und Prozesse vorhanden

"Die Profitabilität von neuen Geschäftsmodellen ist gemäss den Aussagen aus den Interviews von untergeordneter Bedeutung", fügt Marti hinzu. Dies würde die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle begünstigen, wobei die EVU aber auch über den Willen und über die Prozesse zur Innovation verfügen würden. Diese zeige sich einerseits darin, dass alle befragten Manager der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle eine hohe

Wichtigkeit beigemessen hätten. "Andererseits passen die EVU bereits heute ihre Strukturen an", so Marti mit Blick auf neue Geschäftsbereiche und Divisionen. Damit soll sichergestellt werden, dass die neuen Geschäftsmodelle, welche oft einen hohen Grad an Interdisziplinarität aufweisen würden, nicht an den traditionellen Strukturen scheitern würden./mg

SCHWEIZ

ENERGIEPOLITIK

Swiss Small Hydro: Energiegesetz gefährdet Investitionen

St. Gallen (energate) - Swiss Small Hydro warnt vor einem Investitionsstau. Der Verband kritisiert das seit Anfang Jahr geltende neue Energiegesetz und die dazugehörigen revidierten Energieverordnungen. Fertig geplante, bewilligte und baureife Kleinwasserkraftwerke blieben dadurch auf der Strecke. "Durch gehen Vorinvestitionen in Millionenhöhe verloren", so der Verband, der sich für die Belange der Kleinwasserkraft einsetzt. Die Warnung betrifft "Springer-Anlagen", die bereits über eine Konzession und eine Baubewilligung verfügen. Damit habe bei diesen Projekten nur noch die Finanzierungszusicherung über die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) gefehlt.

Gemäss Swiss Small Hydro hatten bis Ende September 2017 über 100 Anlagen den Status der Baureife erreicht. Die revidierte Energiegesetzgebung sehe nun aber vor, dass neue Kleinwasserkraftwerke mit einer Leistung unter einem MW nicht mehr gefördert werden - bei anderen Anlagen sei der Einspeisetarif reduziert worden. "Zudem werden Erneuerungen oder Erweiterungen von Kleinwasserkraftwerken nicht mehr mit einem Einspeisetarif, sondern höchstens noch mit einem einmaligen Investitionsbeitrag unterstützt", so der Verband. Da die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen nur einen geringen Spielraum für die ursprünglich als Springerprojekte vorgesehenen Anlagen zulassen, müssten in der Konsequenz die Investitionen abgeschrieben oder die Kraftwerke im Wissen darum realisiert werden, dass sie dereinst nur unrentabel betrieben werden können. "Wir schätzen das Investitionsvolumen dieser Springeranlagen auf insgesamt rund eine Mrd. Franken", ergänzte Martin Bölli, Geschäftsleiter des Verbands. Diese Investitionen würden nun nicht mehr getätigt.

Anpassung der Energieverordnungen gefordert

Als Konsequenz der neuen Energiegesetzgebung seien die in der Energiestrategie 2050 formulierten Ziele für den Zubau aus Wasserkraft gefährdet, findet der Verband. "Schliesslich sollte die Hälfte des Zubaus durch die Kleinwasserkraft erfolgen." Gemäss Swiss Small Hydro könnten die bereits bewilligten Projekte über 450 Mio. kWh pro Jahr produzieren und damit etwa 100.000 Schweizer Haushaltungen mit erneuerbarem

Strom versorgen. "Wir müssen die ursprünglich vorgesehenen Springeranlagen wieder in den Verordnungen aufnehmen, damit diese baureifen Anlagen bald realisiert werden und von der KEV profitieren können", forderte Bölli entsprechend. Bis dahin müsse der Bundesrat seinen gesetzlichen Spielraum unter dem Stichwort "Ausnahmeregelung" zugunsten der Springeranlagen vollumfänglich ausschöpfen.

Kehrtwendung in der Praxis

Der Verband untermauerte seine Forderungen zusätzlich mit dem "Prinzip des Handelns nach Treu und Glauben", welches das Vertrauen von Privaten in behördliche Zusicherungen schütze. Da die Vorinvestitionen auf Basis geltender gesetzlicher Bestimmungen getätigt worden seien, werde dieses Prinzip verletzt. "Der Entscheid des Bundesrates vom November 2017, die Rahmenbedingungen für die Kleinwasserkraft auf Verordnungsebene deutlich zu verschärfen, kam für die Projektentwickler völlig unerwartet", so der Verband. Der Bundesrat habe mit der Kehrtwende in der Praxis ein fundamentales Prinzip des Rechtsstaates missachtet./mg

KLIMAPOLITIK

Initiative rückt Flugverkehr in den Fokus

Bern (energate) - In der aktuellen energie- und klimapolitischen Debatte spielt der Flugverkehr nach Ansicht von zwei Organisationen nur eine untergeordnete Rolle. Deshalb haben die verkehrspolitische Organisation "umverkehrR" und die "Koalition Luftverkehr Umwelt und Gesundheit (KLUG)" Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) in Bern einen offenen Brief übergeben. Diesen habe Uvek-Informationsschef Dominique Bugnon in Empfang genommen, so die beiden Organisationen. Gegen 100 weitere Verbände und Parteien würden die Forderungen mittragen. "Wenn die Schweiz die Ziele von Paris erreichen will, muss sie ihre Verkehrs- und Klimapolitik dringend anpassen", bekräftigte Priska Seiler Graf, Co-Präsidentin von KLUG.

Organisationen: Der Nachtzug ist auch eine Option

Die Initiative fordert unter anderem, die Schweiz solle eine Flugticketabgabe erheben, die die Kostenwahrheit des Flugverkehrs abdecke. Die Schweiz solle sich zudem auf internationaler Ebene für eine Kerosinsteuer einsetzen. "Dieses Bekenntnis wird aktiv kommuniziert, national wie international", heisst es in dem Brief. Auch verlangen die Brief-Autoren, dass die Schweiz eine Verkehrsverlagerung zu nachhaltigeren Verkehrsträgern fördere, insbesondere zum Schienenverkehr. "Die tiefen Preise für Flugtickets bedeuten insbesondere für die klimafreundlichen Nachtzüge einen markanten Wettbewerbsnachteil. Dabei wird mit einer Zugreise das Klima um ein Vielfaches weniger stark belastet als bei einer Reise mit dem Flugzeug", sagte Daniel Costantino, Kampagnenleiter von "umverkehrR".

Emissionen im Luftverkehr steigen weiter

Nach Angaben der Organisationen können die Pariser Klimaziele ohne Einbezug der Emissionen aus dem Flugverkehr nicht erreicht werden. "Der Luftverkehr ist in der Schweiz für über 18 Prozent des menschengemachten Klimaeffekts verantwortlich", so die Organisationen. Gemäss Prognosen für 2030 beträgt das Passagieraufkommen der Schweizer Flughäfen 78 Mio. Personen. Das seien 28 Mio. mehr als heute. Der Luftverkehr werde damit in der Schweiz bis 2030 zum grössten Treiber des Klimaeffekts. Dabei seien die Schweizer verglichen mit den Nachbarn doppelt so viel mit dem Flugzeug unterwegs. "Über 80 Prozent der Flüge aus der Schweiz haben einen Zielort innerhalb von Europa. Hier besteht ein entsprechend grosses Reduktionspotenzial", heisst es weiter im Brief an die Energieministerin. /df

ENERGIEPOLITIK

Grüne beantragen Rückweisung des CO2-Gesetzes

Bern (energate) - Die Grünen sind mit dem Vorschlag des Bundesrats zum neuen CO2-Gesetz unzufrieden. Dieser sei "völlig ungenügend". Die Partei habe bei der Umweltkommission des Nationalrats (Urek-N) deshalb die Rückweisung des Gesetzes beantragt, hiess es aus Bern. Derzeit finden im Bundeshaus die Anhörungen zur Totalrevision des CO2-Gesetzes statt. Der aktuelle Gesetzesentwurf bremse die Reduktionsbemühungen der Treibhausgasemissionen anstatt sie substantiell voranzutreiben.

"Gemäss dem aktuellen Entwurf sollen die Reduktion der CO2-Emissionen im Vergleich zum aktuellen Gesetz halbiert und das Gebäudeprogramm beendet werden", begründete die Partei. Zudem müsse auch der Finanzplatz mehr Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen. Dies bedeute, dass auch die Emissionen, die durch den Finanzplatz verursacht werden, mitberücksichtigt werden. Zudem müssten finanzielle Mittel für Klimaanpassungsmassnahmen und globale Klimaschutzmassnahmen im Gesetz garantiert werden - auch dies sei im aktuellen Gesetzesentwurf nicht der Fall. /mg

NETZE

CKW erneuert Unterstation Willisau

Luzern (energate) - Die CKW hat ihre Unterstation Willisau erneuert. Der Neubau sei nötig geworden, weil die bestehende Anlage nach 40 Jahren ihr Lebensende erreicht habe, teilte CKW mit. Um die Versorgungssicherheit in der Luzerner Landschaft zu stärken, werde das neue Unterwerk zusätzlich an das 220-kV-Höchstspannungsnetz von Swissgrid angebunden. Drei Transformatoren wandeln den Strom aus den grossen Kraftwerken auf eine tiefere Spannung und speisen ihn ins überregionale Verteilnetz ein. CKW hat in den Ersatzbau rund

19 Mio. Franken investiert. Das neue Unterwerk geht Ende April in Betrieb, CKW baut anschliessend die ausgediente Anlage zurück und renaturiert die frei werdende Fläche. /df

NEUKONZESSIONIERUNG

Weiter Streit um Kraftwerk Klingnau

Klingnau (energate) - Der Rechtsstreit um die Neukonzessionierung des Kraftwerks Klingnau (AG) geht weiter. Umweltorganisationen und Fischereiverbände haben Einsprache erhoben, berichtete die "Aargauer Zeitung" (AZ). Dabei geht es um Ersatzmassnahmen zum Schutz der Umwelt, wobei derzeit unklar ist, zu welchen die Aarekraftwerk Klingnau AG (AKA) als Betreiberin der Anlage verpflichtet ist. Sie gehört zur Axpo Power AG und der AEW Energie AG. "Der Kanton Aargau hat zu Einspracheverhandlungen eingeladen. Eine erste Verhandlung fand bereits statt, es werden noch weitere Runden folgen", sagte Benjamin Leimgruber, Bereichsleiter Gewässerschutz von Aqua Viva, der AZ. Aqua Viva hatte gegen die Konzessionserteilung geklagt - wie auch Birdlife Schweiz, Birdlife Aargau, Pro Natura Schweiz, Pro Natura Aargau, der Schweizerische sowie der aargauische Fischereiverband, WWF Schweiz und WWF Aargau. Während sich die AKA gemäss Bericht auf den Standpunkt stellt, sie müsse für die Konzessionserneuerung keine Ersatzmassnahmen leisten, fordern die Einsprecher genau dies. Die Konzession für das Kraftwerk war im Juli 2015 nach 80 Jahren abgelaufen. Seither kann es nur mit einer Duldungsverfügung des Kantons weiter betrieben werden. Die AKA strebt eine Wasserkraftnutzung bis zum Jahr 2075 an. /df

ENERGIEPOLITIK

Regierungsrat setzt auf Smart City Basel

Basel (energate) - Basel soll zur Smart City werden. Dieses Ziel hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt in seiner Strategie "Smart City Basel" ausgeben, wie er mitteilte. Die Strategie werde gemeinsam mit Partnern umgesetzt. Teil der Strategie sind beispielsweise die Segmente "Mobility" und "Environment". Smarte Mobilität sei dank digitaler Vernetzung von allen unkompliziert und "on-demand" nutzbar, dabei ressourcenschonend, energieeffizient, raumsparend und schnell. Digitalisierung ermögliche die Vernetzung der Verkehrsmittel, die Multimodalität und unterstütze Sharing-Ansätze.

"Smarte Anwendungen tragen auch im Umweltbereich dazu bei, dass die Effizienz gesteigert wird und Ressourcen geschont werden", heisst es in der kantonalen Strategie zum Teilbereich "Environment". Dies komme sowohl bei der Entwicklung von Arealen wie auch dem Bau von Gebäuden und Infrastrukturen zum Tragen. Digitale Technologie ermögliche zum Beispiel über Sensorik Informationsgewinn sowie die Vernetzung und Optimierung von Systemen. /df

ENERGIEPOLITIK

Energieregion Oberland Ost nimmt Hürde

Ringgenberg-Goldswil (energate) - Die Energieregion Oberland Ost wird konkreter. So hat die Regionalversammlung in Ringgenberg (BE) jüngst eine Reglement angenommen, das die Gründung der Energieregion ermögliche, berichtete die "Jungfrau Zeitung". Aufgrund der Rückmeldungen in einem Abklärungsprojekt sei ein Bedürfnis festgestellt worden, diverse Aufgaben und Projekte, die nicht zur obligatorischen regionalen Energieberatung gehören, gemeinsam wahrzunehmen. So begründete Sandra Weber, Gemeindepräsidentin Hasliberg, Kommission Energie, die Pläne für die Energieregion. Welche Gemeinden sich konkret beteiligen werden, ist noch nicht klar. Das werde später entschieden. Das Reglement wurde mit 32 zu zehn Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der Energieregion müssen 20 Gemeinden und darunter mindestens zwei grosse Gemeinden beitreten./df

DEUTSCHLAND

ZUSTÄNDIGKEIT

Koalitionäre ringen um Kohlekommission

Berlin (energate) - Im Vorfeld der zweitägigen Kabinettsklausur auf Schloss Meseberg in Brandenburg verschärfen Koalitionspolitiker den Ton im Streit um die geplante Kohlekommission. "Die Kommission liegt zwingend in der alleinigen Zuständigkeit des Bundeswirtschaftsministers", sagte der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer (CDU), der "Deutschen Presse-Agentur". Daran könne es überhaupt keinen Zweifel geben. Das sieht man beim Koalitionspartner SPD anders: "Wenn das Bundesumweltministerium nicht gleichberechtigt am Tisch sitzt, können wir uns die Kommission gleich ganz sparen", entgegnete Matthias Miersch, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für den Bereich Umwelt.

Schon die Minister Peter Altmaier (CDU) und Svenja Schulze (SPD) hatten kurz nach ihrem Dienstantritt ihren jeweiligen Führungsanspruch erhoben. Nach Ansicht von Wirtschaftsminister Altmaier geht es in der Kohlekommission nicht um Fragen des Klimaschutzes, sondern um Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze. Umweltministerin Schulze nannte diese Sichtweise "irritierend". Laut Koalitionsvertrag soll die Kommission ein Enddatum für die Kohleverstromung beschliessen und die finanzielle Abfederung des Strukturwandels klären. "Diese Fragen betreffen völlig unstreitig den Aufgabenbereich des Wirtschaftsministers", meint CDU-Politiker Pfeiffer. SPD-Politiker Miersch hält dagegen: "Sowohl die Kommission als auch ihr Vorsitz müssen ausgewogen besetzt sein." Sonst werde die SPD im Bundestag einen alleinigen Vorschlag ausarbeiten./cs

ROADMAP POWER-TO-GAS

Grünes Gas soll die Netze füllen

Berlin (energate) - Die Betreiber der Gasinfrastruktur erhoffen sich von der Power-to-Gas-Technologie eine deutliche Laufzeitverlängerung für ihre Anlagen. Im Jahr 2050 könnte das Gasnetz bis zu 500 Mrd. kWh erneuerbare Gase in Form von Biogas, elektrolytisch erzeugtem Wasserstoff oder methanisiertem Wasserstoff transportieren. Das zeigt die noch unveröffentlichte "Roadmap Power-to-Gas" im Auftrag des deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW).

"500 Mrd. kWh sind eine Grössenordnung, mit der die Branche leben kann", sagte Gert Müller-Syring vom Institut DBI, das die Roadmap miterarbeitet, kürzlich bei einer Tagung in Potsdam. Dort stellte er erste Ergebnisse vor. Derzeit transportiert das Netz ungefähr 800 Mrd. kWh Gas, überwiegend aus fossilen Quellen. Diese Menge müsste bis 2050 auf 75 Mrd. kWh zusammenschrumpfen, wenn man es mit den Klimaschutzziele ernst meint. "Das würde die Branche nicht überleben", sagte Müller-Syring. Deshalb müsse sie eine Lösung finden und die sei erneuerbares Gas. Dadurch würde der CO₂-Fussabdruck von Gas bis 2050 im Einklang mit den Klimaschutzziele um knapp die Hälfte sinken.

Bis zu 230.000 MW Elektrolyseleistung

Demnächst will der DVGW die Roadmap veröffentlichen. Sie soll zeigen, wie viel grünes Gas langfristig notwendig und sinnvoll ist, um insbesondere die sogenannten Dunkelflauten mit 14 Tagen oder mehr ohne Sonne und Wind zu überstehen. Untersucht wird der Power-to-Gas-Bedarf in den Sektoren Strom, Verkehr und Wärme, die stoffliche Nutzung bleibt unberücksichtigt. In den drei Sektoren besteht langfristig - bei einer CO₂-Reduktion um 95 Prozent - ein Bedarf von zirka 80.000 bis 230.000 MW Elektrolyseleistung, je nach Volllaststundenzahl. Bei minus 80 Prozent wären es immerhin noch zwischen 50.000 und 150.000 MW. Bis dato sind bundesweit gerade einmal rund 30 Demonstrationsanlagen mit insgesamt rund 700 MW installiert. Bis zum Jahr 2020 empfiehlt die Roadmap eine installierte Leistung von 1.000 MW.

Wasserstoff - mit oder ohne CO₂?

Die Roadmap soll auch zeigen, wie hoch die Anteile von Wasserstoff beziehungsweise methanisiertem Wasserstoff im volkswirtschaftlich günstigsten Pfad sind. Denn die Gasinfrastruktur trägt nur einen beschränkten Anteil Wasserstoff, bei höheren Anteilen wären teure Nachrüstungen notwendig. Methanisierter Wasserstoff liesse sich hingegen unbegrenzt einspeisen, bedeutet jedoch einen weiteren Umwandlungsschritt, geringeren Wirkungsgrad und somit zusätzliche Kosten. Die beiden unterschiedlichen Pfade werden bereits in Pilotprojekten näher untersucht, etwa von Uniper in Falkenhagen (Brandenburg). Was am Ende günstiger ist, wollte Müller-Syring nicht

prognostizieren. Am Ende könne es sich sogar als sinnvoll erweisen, einzelne Leitungen komplett von Gas auf Wasserstoff umzurüsten. Das soll die weitere Forschung zeigen./sh

"FUTURE MOBILITY SUMMIT"

Verkehrswende ohne "dirigierende Staatseingriffe"

Berlin (energate) - Wie stark sollte sich der Staat in die Verkehrswende einmischen? Darüber wurde beim "Tagesspiegel Future Mobility Summit" in Berlin mit Blick auf Klimawandel und Diesel-Skandal kontrovers diskutiert. Gegen eine weitere Absenkung der CO₂-Grenzwerte für Fahrzeugflotten sprach sich etwa Michael Theurer, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, aus. Sonst überschreite man die Grenzen des technisch Machbaren bei Verbrennungsmotoren, so Theurer. Generell sei auf den Markt zu setzen statt auf "dirigierende Staatseingriffe". Die Beschränkung auf eine Technologie, wie etwa Lithium-Ionen-Batterien, lehnt er zudem ab. Thomas Jarzombek (CDU), Mitglied im Ausschuss Verkehr und digitale Infrastruktur im Bundestag, sagte, er kenne keine einzige Tankstelle, die vom Staat betrieben werde. Der Bund lege kaum Normen fest, die deutschen Industrienormen hätten Ingenieure aufgesetzt - so sollte es auch bei der Ladeinfrastruktur sein.

"Zur Not müssen wir die Industrie zwingen"

"Quatsch" nannte das Anton Hofreiter, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gerade bei Ladeinfrastruktur sei Technologieoffenheit nicht zielführend. Da müsse eine Entscheidung, etwa für Strom- oder Wasserstoff-Mobilität, fallen, so Hofreiter. Er plädierte ausserdem dafür, die Autohersteller bei der Aufarbeitung des Diesel-Skandals stärker in die Pflicht zu nehmen als dies bislang der Fall sei. Sören Bartol, stellvertretener Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sagte, dass in anstehenden Gesprächen zwischen den entsprechenden Ministern und der Industrie die Mobilitätswende Thema sei. Er stellte in Aussicht, dass dies auch bei der ersten Klausurtagung des Bundeskabinetts auf Schloss Meseberg (Brandenburg) am 10. und 11. April diskutiert werde: Das seien herausragende Themen, und solche würden auf der Tagung besprochen, so Bartol. Die SPD wird sich dann womöglich für konkrete Vorgaben für die Hersteller einsetzen. Denn diese sägten, vor dem Hintergrund von Klimaschutzgesetz (2019) und verbindlichen Klimazielen (2030), an dem Ast, auf dem sie selbst sitzen. Dabei sollte das Ziel sein, das "Auto der Zukunft" in Deutschland zu produzieren. "Zur Not müssen wir die Industrie dazu zwingen" und das "Verhalten durchbrechen", am Status quo festzuhalten, so Bartol.

"Bottom-up statt Top-down"

Der Vorsitzende der Dena-Geschäftsführung, Andreas Kuhlmann, warnte indes vor zu viel Planung von zentraler Stelle.

Statt neue Regularien zu schaffen, sollten die bestehenden überprüft werden. Es gebe bei der Verkehrswende noch zu viele regulatorische Hürden - es gehe nicht immer ums Geld. Dies fange schon im Gebäude an, so Kuhlmann. Die Bundesregierung solle es ermöglichen, dass dort einfach Strom geladen werden könne. Er hob hervor, dass insbesondere Start-ups aufzeigen könnten, an welchen Stellen Hemmnisse für neue Geschäftsmodelle bestünden. "Wir müssen auf das schauen, was sich Bottom-up entwickelt." Eine weitere Herausforderung sei, Energie- und Verkehrswende zusammen zu denken. Hier brauche es mehr gemeinsame Planungen, etwa beim Ausbau der Erneuerbaren. Klar sei, der Hochlauf der Elektromobilität komme. Das werde eine Herausforderung für die Netze. Eine Abhilfe könnten Flexibilitäten sein, die rund um das E-Auto geschaffen werden könnten./dz

EEG-STROM

Direktvermarktung erstmals über 70.000 MW

Berlin (energate) - Die Direktvermarktung von EEG-Strom hat Anfang April erstmalig die Marke von 70.000 MW überstiegen. Dies geht aus den Daten der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber für diesen Monat hervor. Gegenüber dem Vormonat wächst die Direktvermarktung damit um 588,32 MW auf 70.389,82 MW. Der grösste Anteil entfällt mit rund 48.000 MW auf die Windenergie an Land. Sie gewinnt gegenüber dem März rund 400 MW hinzu. Ein Plus von gut 150 MW erreicht die Solarenergie (10.370 MW), die Biomasse wächst um 18 MW auf 5.617 MW und die Wasserkraft um rund drei MW auf 736 MW. Unverändert bleiben die Strommengen aus Offshore-Windenergie (5.377 MW), Geothermie (30 MW) sowie Deponie-, Klär- und Grubengas (253 MW).

Bei der Direktvermarktung verkaufen Ökostromhändler den Strom aus EEG-geförderten Anlagen im Rahmen des Marktprämienmodells an der Börse. Als Aufschlag auf den Erlös an der Börse erhalten die Händler die Marktprämie, deren Höhe sich aus der Differenz zur EEG-Vergütung ergibt. Seit Anfang 2016 müssen neu installierte Erneuerbaren-Anlagen mit einer Leistung von mehr als 100 kW, die nach dem EEG vergütet werden, verpflichtend in die Direktvermarktung./as

ELEKTROMOBILITÄT

Lübeck hadert mit öffentlichen Ladesäulen

Lübeck (energate) - Die Stadtwerke Lübeck haben ein ernüchterndes Fazit zum Betrieb ihrer Ladesäulen gezogen. "Der Bedarf ist kaum vorhanden", erklärte Geschäftsführer Jürgen Schäffner laut den "Lübecker Nachrichten" gegenüber dem Aufsichtsrat. Innerhalb von eineinhalb Jahren seien

60.000 kWh Strom an den zehn Ladestationen abgegeben worden. Diese Menge erreichten die Stadtwerke allerdings nur deshalb, weil häufig Tesla-Fahrer aus dem nahen Skandinavien die Schnellladesäule vor der Stadtwerke-Zentrale nutzten, wie der Stadtwerke-Chef beobachtet habe. Bislang hat der Lübecker Versorger 250.000 Euro in den Aufbau der Ladeinfrastruktur investiert, weitere öffentliche Ladesäulen sollen vorerst nicht hinzukommen.

Zudem wollen die Stadtwerke spätestens 2019 den Strom nicht mehr kostenlos abgeben. Dies habe man bislang getan, weil es günstiger sei, den Strom zu verschenken als "ein kompliziertes Abrechnungssystem" zu installieren, so Schöffner. Inzwischen führe man Gespräche mit Anbietern von Abrechnungssystemen, um ein solches einzubauen. Der Geschäftsführer zeigte sich gegenüber dem Aufsichtsrat überzeugt, dass die Zukunft der Elektromobilität nicht in der öffentlichen Ladeinfrastruktur liege. Interessanter seien hingegen private oder halb-öffentliche Ladestationen. Anfragen aus dem Bereich Gewerbe und Geschäftskunden nähmen in Lübeck stark zu./rb

EUROPA

GASTRANSIT

Poroschenko lockt Westeuropäer

Kiew/Berlin (energate) - Kurz vor seinem Berlin-Besuch wirbt der ukrainische Präsident Petro Poroschenko um westeuropäische Partner. Er hält den Gastransport über die Ukraine nach wie vor für die günstigere und sichere Variante als über das deutsch-russische Ostsee-Pipeline-Projekt "Nord Stream". "Ohne riesige Investitionen kann die Transitleitung durch die Ukraine deutlich ausgebaut werden", sagte er im Interview mit dem "Handelsblatt". Aktuell strömen durch die ukrainische Transitpipeline rund 100 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr. Diese Menge könne "leicht sehr stark" ausgeweitet werden. "Wir sind sehr gern bereit, unsere europäischen Partner an der Leitung der Pipeline-Gesellschaft zu beteiligen", so Poroschenko.

"Wir sind ein absolut zuverlässiger Partner", warb der ukrainische Präsident weiter und markierte damit nach seiner Auffassung den Unterschied zum russischen Gaskonzern Gazprom. Ein Schiedsgericht in Stockholm hatte diesen vor einigen Wochen zu einer milliardenschweren Schadensersatz-Zahlung wegen nicht gelieferter Gasmengen an die Ukraine verurteilt. Laut Poroschenko weigert sich Gazprom allerdings den Betrag zu zahlen. Das sollte anderen Partnern des russischen Gaskonzerns eine Warnung sein. Denn der Streit des ukrainischen Gaskonzerns Naftogaz mit Gazprom basiere auf den gleichen Schiedsgerichtsklauseln, wie sie auch viele westeuropäische Firmen in ihren Verträgen mit Gazprom vereinbart hätten./cs

INNOVATION

HINTERGRUND

Langer Weg zur Smart City

Berlin (energate) - Unter "Smart City" wird allgemein die Gestaltung städtischen Lebens und Infrastruktur mittels digitaler Techniken gefasst. Die Bundesregierung stellte Mitte 2017 nach vorausgehendem Dialog mit verschiedenen Akteuren wie dem Deutschen Städtetag eine "Smart City Charta" vor. Diese enthält unter anderem Handlungsempfehlungen für Kommunen, Forschung und Wirtschaft. Darüber hinaus hat sie ein Forschungscluster "Smart Cities" eingerichtet. Über ihre weiteren Pläne hat die Bundesregierung jüngst anlässlich einer Anfrage der Linken im Bundestag Auskunft gegeben, die Antwort liegt energate vor. Darin kündigt die Regierung an, den Dialogprozess zu Smart Cities fortsetzen zu wollen. Einen nächsten Termin sowie eine Tagesordnung gebe es aber noch nicht.

"Aufgabe der neuen Bundesregierung"

Auch dürfte die Moderation konkreter Massnahmen noch auf sich warten lassen, womöglich mindestens eine Legislaturperiode. Ein Förderprogramm speziell für Smart Cities bestehe nicht. Es werde "Aufgabe der neuen Bundesregierung sein", die Empfehlungen der von der Dialogplattform Smart Cities vorgelegten Smart City Charta weiter zu begleiten. Eine Kategorisierung von Kommunen oder Auflistung von Smart Cities hierzulande hält die Bundesregierung aufgrund der Unterschiede für nicht zielführend. Sie betont, dass diese bislang keine einheitliche Definition oder Strategie der Smart City hätten.

Ein zentrales Handlungsfeld ist der Verkehrssektor. Hier verweist die Regierung auf ihr Förderprogramm "Saubere Luft". Das Programm gewährt beispielsweise Zuschüsse für Elektrobusse im öffentlichen Nahverkehr. Ab Mitte des Jahres 2018 würden darüber aber auch Digitalisierungsmassnahmen im Verkehrsbereich gefördert. Hier nennt der Bund die Zahl von neunzig geförderten Kommunen. Dafür stehe ein Finanzvolumen von bis zu 500 Mio. Euro zur Verfügung.

Insgesamt scheint Deutschland noch in der Findungsphase zu sein. Das belegt auch eine Liste, die vor allem geförderte Forschungsprojekte nennt, und die der Antwort beiliegt. Darunter findet sich etwa eine "Explorative Studie zu relevanten rechtlichen Fragestellungen im Kontext von Smart City-Entwicklungen" oder auch das Vorhaben "Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen". Quasi als Resümee heisst es in der Regierungsantwort: Digitalisierung habe das Potential dazu, führe aber nicht automatisch zu besserem Verwaltungshandeln, einer besseren Infrastruktur oder höherer Energieeffizienz. Die Plattform rufe auf, die Digitalisierung "nicht einfach geschehen zu lassen", sondern sie aktiv zu gestalten./dz

MARKTDATEN

Mehr unter www.energate-messenger.ch

AUF EINEN BLICK | Aktuelle Kurse

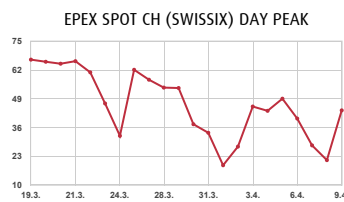
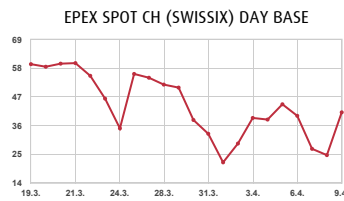
Index	Kurs	+/-	+/- in %	Währung
EPEX SPOT Day Base Schweiz	40,91	-0,17	-0,41%	€/MWh
EPEX SPOT Day Peak Schweiz	44,74	0,98	2,24%	€/MWh
EPEX SPOT Day Base DE/AT	36,03	-6,58	-15,44%	€/MWh
EPEX SPOT Day Peak DE/AT	38,58	-7,63	-16,51%	€/MWh
OTC-NGC Day-Ahead	19,00	0,10	0,53%	€/MWh
CO ₂ -Allowances 2018	13,33	0,34	2,62%	€/Tonne
Global Coal Index	81,55	1,20	1,49%	\$/Tonne
Referenzkurs €/CHF	1,18	0,00	-0,07%	CHF
Referenzkurs €/USD	1,23	0,01	0,57%	USD

* Quelle OTC Daten: Spectron

STROM EPEX SPOT Schweiz | 🇨🇭 10.04.2018

Stunde	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)
1	34,64	2.323
2	31,35	2.428
3	28,93	2.976
4	24,89	2.941
5	24,45	2.804
6	30,12	2.754
7	40,24	2.657
8	46,42	3.026
9	51,82	3.499
10	50,50	2.989
11	50,26	3.347
12	48,68	2.902
13	42,33	2.936
14	41,59	2.890
15	44,15	2.739
16	39,55	2.920
17	39,05	2.919
18	39,64	2.617
19	41,44	2.780
20	47,88	2.650
21	49,13	2.615
22	47,29	2.513
23	45,00	2.866
24	42,58	2.675
		67.763

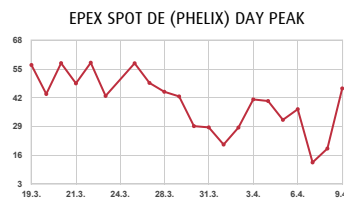
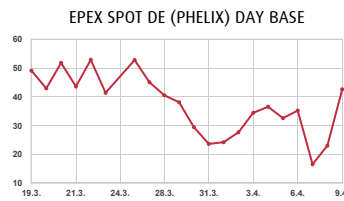
EPEX SPOT Schweiz in €/MWh | 🇨🇭



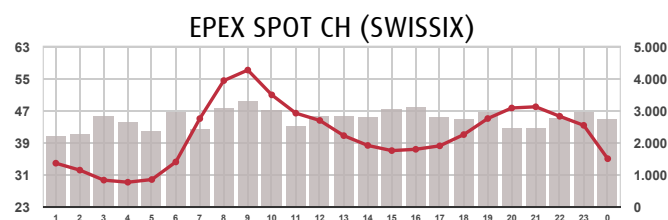
STROM EPEX SPOT DE/AT | 🇩🇪 🇦🇹 10.04.2018

Stunde	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)
1	34,30	25.961
2	31,81	26.287
3	29,00	25.828
4	27,32	25.014
5	28,05	23.868
6	32,51	23.326
7	41,37	22.389
8	44,32	26.385
9	42,98	27.776
10	42,39	29.666
11	38,04	30.236
12	36,76	32.396
13	42,00	34.664
14	41,26	34.892
15	30,89	32.277
16	36,70	32.422
17	34,03	30.362
18	37,73	27.889
19	40,46	26.326
20	39,69	25.406
21	39,11	23.582
22	33,99	23.368
23	30,95	23.591
24	29,15	25.390
		659.300

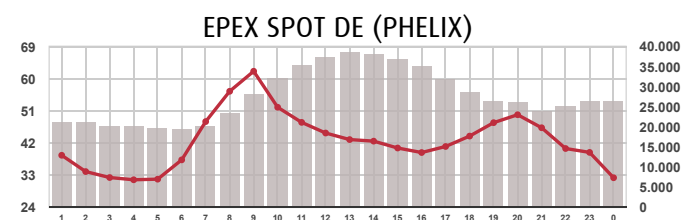
EPEX SPOT DE/AT in Euro/MWh | 🇩🇪 🇦🇹



EPEX SPOT Stundenverlauf Schweiz (Euro/MWh) / Umsätze (MWh) | 🇨🇭



EPEX SPOT Stundenverlauf DE/AT (Euro/MWh) / Umsätze (MWh) | 🇩🇪 🇦🇹



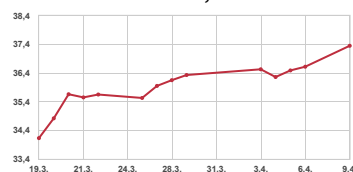
Strompreise Termin EEX – Phelix Future | Preis vom 09.04.2018

Produkt	Base			Peak		
	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)	Anzahl der Geschäfte	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)	Anzahl der Geschäfte
Apr 18	32,92	-	-	38,92	-	-
Mai 18	32,20	7.440	3	36,40	-	-
Jun 18	34,75	7.920	3	40,59	-	-
Jul 18	36,06	-	-	41,03	-	-
Aug 18	34,90	-	-	39,87	-	-
Sep 18	39,12	-	-	47,48	-	-
Okt 18	40,16	-	-	50,07	-	-
Q3/18	36,67	-	-	42,60	-	-
Q4/18	42,03	15.463	2	52,90	-	-
Q1/19	41,75	-	-	52,48	-	-
Q2/19	33,45	-	-	39,41	-	-
Q3/19	34,08	-	-	39,98	-	-
Q4/19	40,17	-	-	51,01	-	-
Q1/20	40,57	-	-	51,44	-	-
2019	37,35	192.720	7	45,69	-	-
2020	36,60	-	-	45,21	-	-
2021	36,68	-	-	46,26	-	-
2022	38,40	-	-	47,90	-	-
2023	39,50	-	-	49,10	-	-

EEX PHELIX FUTURES MAY 18 2018 BASE



EEX PHELIX FUTURES JAHR 2019 BASE



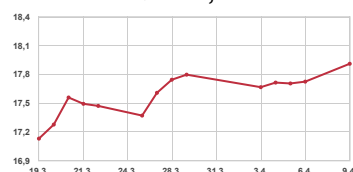
Gaspreise Marktgebiet NCG Netconnect Germany (Spectron) | Preis vom 09.04.2018

NCG	Bid	Ask
	Euro/MWh	
Day-Ahead	18,95	19,05
Weekend	18,75	18,85
Mai	18,65	18,75
Q3/18	18,75	18,85
Winter 18	19,30	19,40
Sommer 19	16,80	16,90
Kalender 2019	18,10	18,20
Kalender 2020	17,20	17,30

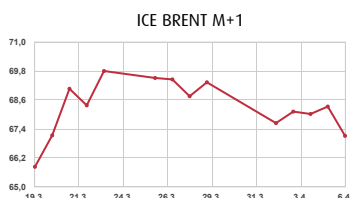
NCG DAY AHEAD



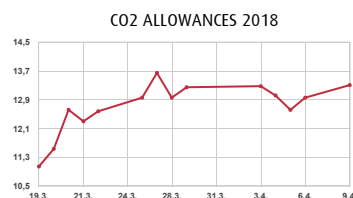
NCG KALENDERJAHR 2019



Öl in \$/Barrel | Preis vom 06.04.2018



CO₂ in €/Tonne | Preis vom 09.04.2018



IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstrasse 5
D-45131 Essen

Geschäftsführung:

Marc Hüther, Dirk P. Lindgens

Chefredakteur:

Christian Seelos

Redaktion Schweiz:

Dennis Fischer, Mario Graf

Fachlicher Beirat:

Vorsitz: Prof. Dr. Stephanie Teufel

Mitglieder: Daniel Aebli, Hansueli Bircher, Dr. Matthias Bölke, Lorenz Bösch, Markus Burger, Daniela Decurtins, Dr. Roman A. Dudenhausen, Dr. Armin Eberle, Michael Frank, Frédéric Gastaldo, Christian Grasser, Dr. Patrick Hofer-Noser, Ronny Kaufmann, Peter Lehmann, Kurt Lüscher, Dr. Tobias Reichmuth, Reto Rigassi, Dr. Jörg Spicker, Dr. Walter Steinmann, Martin Tschirren

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 (0) 62.211.6307
Telefax: +41 (0) 62.211.6309
redaktion@energate.ch

Redaktionsanschrift Deutschland:

Norbertstrasse 5, D-45131 Essen
Telefon: +49 (0) 201.1022.500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Deutschland, Büro Berlin:

Joachimsthaler Str. 20, D-10719 Berlin
Telefon: +49 (0) 30.364100.401

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516
Uwe Mark
Telefon: +49 201 1022-542
anzeigen@energate.de

Kundenservice:

Telefon: +41 (0) 62.211.6308
Telefax: +41 (0) 62.211.6309
kundenservice@energate.ch

Abonnement: Der ener|gate messenger Schweiz erscheint werktäglich im PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 249,- CHF (zzgl. USt.) monatlich und beinhaltet zusätzlich den Vollzugriff auf unsere Internetplattform www.energate-messenger.ch mit zusätzlichen Nachrichten und Marktdaten (jeweils inklusive Archiv bzw. Historien) sowie Tools. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des ener|gate messengers Schweiz wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des ener|gate messengers Schweiz sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ausserhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

Handelsregister:

Amtsgericht Essen HRB 24811

Sitz der Gesellschaft: Essen